

NACHRICHTEN

73 neue
Zivilschützer

EMMEN red. Die Zivilschutzorganisation (ZSO) Emme, die einen Drittel des Kantons abdeckt, hat in den letzten Tagen 73 neue Zivilschützer eingeteilt. Laut einer Mitteilung sei sämtlichen Neumitgliedern in Einzelgesprächen die individuell passende Funktion zugewiesen worden.

Banken sind an
Metro interessiert

LUZERN lw. Um das Metro-Projekt voranzutreiben, haben die Initianten einen 17-köpfigen Beirat ins Leben gerufen. Der Beirat soll für das Projekt lobbyieren (Ausgabe vom 7. September). Nebst Köpfen aus der Politik, der Wirtschaft und dem Tourismus sitzen auch zwei Bankvertreter im Metro-Beirat. Zum einen **Bruno Haas**, Chief of Staff Region Zentralschweiz bei der Credit Suisse, zum anderen **Bernard Kobler**, CEO Luzerner Kantonalbank (LUKB). Sind die beiden Banken auch als Investoren interessiert?

Haas will dies nicht kommentieren: «Vorderhand geht es um die breite politische Diskussion unter Teilnahme aller Betroffenen und Interessierten.» Als direkt betroffene Schwandenplatz-Anrainerin sei die Credit Suisse an allen Vorschlägen zur Lösung des Verkehrsproblems interessiert. «Mit dem Einsitz im Beirat zeigen wir dieses Interesse, erhalten Informationen und können uns in die Diskussion einbringen», so Haas. Ähnlich argumentiert **Bernard Kobler**. «Die Sicherstellung der Mobilität ist ein zentrales Thema in Luzern und hat auch eine wirtschaftliche Bedeutung.» Die LUKB sei bereit, gute Rahmenbedingungen zu unterstützen. Jedoch nicht als Investorin. Kobler: «Ich finde den unkonventionellen Ansatz einer Metro gut.»

Verfahren dauert gut zwei Jahre

Trotz des Beirats: So schnell, wie von den Metro-Initianten gewünscht, wird das Projekt nicht vorwärtskommen. Geplant war der Baustart 2015. Doch laut Sven-Erik Zeidler, Leiter der Dienststelle Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (Rawi), ist wohl mit einer Gesamtverfahrensdauer von «mindestens zwei Jahren» zu rechnen, und zwar ab dem Zeitpunkt, wenn das konkrete Bauprojekt vorliegt. Und das wird, sollte es überhaupt so weit kommen, noch mindestens ein halbes Jahr dauern. Die Initianten müssen bis Ende Jahr diverse offene Fragen beantworten, die ihnen die Stadt und der Kanton gestellt haben (Ausgabe vom Samstag).

FDP denkt über Fusion nach

DIERIKON Die Steuereinnahmen von Firmen brechen in der Rontalgemeinde weg. Anders als die FDP bezweifelt der Gemeinderat, ob eine Fusion Besserung bringen würde.

RAINER RICKENBACH
rainer.rickenbach@luzernerzeitung.ch

Jahrzehntlang stand Dierikon für finanzielle Solidität. Dank Firmensteuern von Unternehmen wie Migros Zentralschweiz oder Komax war die Gemeindekasse stets gut gefüllt. Die Einwohner profitieren davon in Form von tiefen Gemeindesteuern. Lange spielte die Gemeinde mit 1500 Einwohnern in der Steuerrangliste in der Liga von Meggen und Weggis mit. Mit 1,65 Steuereinheiten ist Dierikon der achtgünstigste Ort im Kanton.

Firmen zahlen weniger

Damit dürfte es bald vorbei sein. Denn Dierikon sieht sich mit einem massiven Einnahmeproblem konfrontiert. Weil die Unternehmenssteuern im Kanton gesunken sind und weil der Steuerschlüssel für interkantonal tätige Firmen zu

Ungunsten Dierikons geändert wurde (Ausgabe vom 21. August). Alleine durch die tieferen Unternehmenssteuern und den neue Steuerschlüssel entgehen Dierikon gut 1 Million Franken. Kamen die Unternehmen und Selbstständigerwerbenden vor ein paar Jahren noch für die Hälfte der Steuereinnahmen auf, sackte ihr Anteil 2012 auf 20 Prozent ab. Bei der Gemeinderechnung des vergangenen Jahres schaute folgerichtig ein Defizit von 1,3 Millionen Franken (Rechnungsvolumen: 7,7 Millionen) heraus.

Erneutes Minus prognostiziert

Für dieses Jahr deutet gemäss Gemeindeammann **Josef Zimmermann** (CVP) alles auf ein Minus von einer halben Million hin. «Dieses Defizit lässt sich noch mit den Kapitalreserven ausgleichen. Danach sind sie aufgebraucht», sagt Zimmermann. Land zum Bau von neuen Wohnungen oder für Firmensiedlungen gibt es in Dierikon kaum mehr. Die Aussichten auf ein besseres Steuersubstrat sind also gleich null. Und bei den geprüften Sparmassnahmen (Schulhausreinigung, Winterdienst, Vereinsbeiträge) ist man bei ein paar zehntausend Franken angekommen, die viele Bürger verärgern und das Defizitproblem auch nicht ansatzweise lösen.

Die freisinnige Ortspartei bringt nun als Ausweg die Idee einer Fusion ins

Spiel. «Ist es Zeit zu fusionieren?», fragt sie im «Rontaler» und beantwortet die Frage gleich selber: «Dies ermöglicht es, am noch vorhandenen Entwicklungspotenzial der Nachbargemeinden zu partizipieren und Kosteneinsparungen durch Synergien zu erzielen.» Parteipräsident **Lukas Waldispühl** möchte sich freilich nicht auf eine Fusion mit einer andern Gemeinde reduziert sehen. «Schon eine engere Zusammenarbeit kann hilfreich sein. Weil Dierikon klein

an unserem Erfolg zu partizipieren, als es uns noch gut ging?» **Waldispühl** hingegen findet: «Wir erkennen momentan keinen Weg, wie sich auf längere Sicht und aus eigener Kraft das heutige attraktive Steuerniveau später wieder erreichen lässt. Darum sollten wir uns Gedanken machen über Fusionen und Annäherungen an andere Gemeinden.»

Die Rontaler Gemeinde habe sich schon einmal vorgenommen, ein Zusammengehen zu prüfen. Doch über das Stadium von Behördengespräche hinaus kamen die Bestrebungen nicht.

«Kosteneinsparungen
wären möglich.»

LUKAS WALDISPÜHL,
PRÄSIDENT FDP

ist, haben wir zum Beispiel höhere Propkopf-Verwaltungskosten als alle Nachbargemeinden. Da könnte man mit Zusammenarbeit Abhilfe schaffen.»

Der Gemeindeammann ist skeptisch. «Wenn Dierikon in einer Gemeinde Rontal aufginge, würde der Steuerfuss der grösseren Gemeinde massgebend sein. Für die Dierikoner gehen die Steuern also so oder so rauf», sagt er. Zur Argumentation der FDP meint er: «Wäre sie auch bereit gewesen, die Nachbarn

Wie stark steigen die Steuern?

Gemeindefusionen brauchen ohnehin viel Zeit, die Gemeindekassen hingegen braucht schon im kommenden Jahr mehr Einnahmen. Der Gemeinderat wird mit dem Budget 2014 höhere Steuern vorschlagen. Noch unklar ist, um wie viel die Steuern steigen und ob die Erhöhung gestaffelt kommt. Um die entgangenen Unternehmenssteuern wettmachen zu können, wären vier Zehntelsteuern mehr notwendig. Der Steuerfuss müsste also auf 2,05 Einheiten steigen. Zimmermann: «Dann wären wir dort, wo die meisten Nachbargemeinden schon lange sind.» Die Stimmberechtigten entscheiden an der Gemeindeversammlung vom 9. Dezember darüber.

Volk nimmt Zentrumsprojekt unter die Lupe

KRIENS Vor 400 Personen warb der Gemeinderat für das Zentrumsprojekt. Ob sich der Aufwand gelohnt hat, wird sich an der Urne zeigen.

Jetzt gehts auf die Zielgerade: Am 7. November kommt das Krienser Zentrumsprojekt in den Einwohnerrat, am 9. Februar vors Volk. Um die Bevölkerung zu informieren und fürs Projekt zu gewinnen, hat der Gemeinderat am Samstag einen Infotag durchgeführt. Insgesamt 400 Personen schauten sich die Ausstellung in der Teiggi an und nahmen an den Führungen durch die betroffenen Areale teil. Gemeindepräsident **Paul Winiker** sagte: «Wir müssen und können uns das leisten.»

130-Millionen-Franken-Projekt

Das Projekt will das Zentrum aufwerten und beleben. Geplant ist ein Wohnpark auf dem Teiggi- und Gemeindehausareal, ein Gebäude für die Feuerwehr und den Werkhof, ein Verwaltungsgebäude Pilatus und ein Jugend- und Kulturhaus. Die Gesamtkosten betragen 130 Millionen Franken, davon entfallen auf die Gemeinde netto 32 Millionen. Die laufende Rechnung würde dadurch mit jährlich 1,2 bis 2,2 Millionen Franken belastet.

LUCA WOLF
luca.wolf@luzernerzeitung.ch



Mehr Impressionen vom Infotag finden Sie unter www.luzernerzeitung.ch/bilder. Die Ausstellung ist heute offen, zudem am 19., 20., 23., 26. und 27. September, 17 bis 19.30 Uhr.



Maria (rechts) und Josephine Portmann aus Kriens schauen sich im Teiggi-Gebäude die Ausstellung über das Zentrumsprojekt an.

Bild Nadia Schärli

NEUE
LUZERNER ZEITUNG
IMPRESSUM

Herausgeberin: Neue Luzerner Zeitung AG, Mailhofstrasse 76, Luzern. Verleger Erwin Bachmann, Präsident des Verwaltungsrates, E-Mail: leitung@lzmedien.ch

Verlag: Jürg Weber, Geschäfts- und Verlagsleiter, Ueli Kaltenrieder, Lesermarkt, Bruno Heggin, Werbemarkt, Edi Lindegger, Anzeigenmarkt.

Ombudsmann: Andreas Z'Graggen, andreas.zgraggen@luzernerzeitung.ch

Redaktionsleitung Neue Luzerner Zeitung und Regionalausgaben: Chefredaktor: Thomas Bornhauser (ThB); Stv. Chefredaktoren: Jérôme Martinu (jm, Leiter regionale Ressorts/Reporterpool, Dominik Buholzer (bu, Leiter Zentralschweiz am Sonntag und überregionale Ressorts); Gruppe Gesellschaft und Kultur: Arno Renggli (are), Sport: Andreas Ineichen (ain); Leiter Gestaltung, Bild und Illustration: Loris Succo (ls); Visueller Blattmacher: Sven Gallinelli (sg); Stadt/Region: Benno Mattli (bem); Nelly Keune (ny, Leiterin Markt/Wirtschaft); Online: Robert Bachmann (bac).

Dienstchef: Nathalie Ehrenzweig (nez).

Ressortleiter: Politik: Kari Kälin (kä, Schweiz), Lukas Scharpf (slu, Ausland); Newsdesk: Pascal Imbach (pi); Stadt/Region: Benno Mattli (bem); Kanton Luzern: Lukas Nussbaumer (nus); Sportjournal: René Leupi (le); Kultur: Arno Renggli (are); Piazza: Hans Graber (hag); Dossier: Flurina Valsecchi (flu); Services/Apero: Natalie Ehrenzweig (nez); Foto/Bild: Lene Horn (LH).

Adresse und Telefonnummern: Mailhofstrasse 76, Postfach 3359, 6002 Luzern.

Redaktion: Telefon 041 429 51 51, Fax 041 429 51 81, E-Mail: redaktion@luzernerzeitung.ch

Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 041 429 53 53, Fax 429 53 83, E-Mail: abo@lzmedien.ch

Billetverkauf: Tel. 0900 000 299 (60 Rp/Min.).

Anzeigen: Publicitas AG, LZ Corner, Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern, Telefon 041 227 56 56, Fax 041 227 56 57, Inserate online aufgeben: www.publicitas.ch Postadresse: Publicitas AG, Mailhofstrasse 76, 6002 Luzern.

Technischer Kundendienst Anzeigen: Telefon 041 227 56 56. Für Todesanzeigen an Sonn- und Feiertagen (bis 16 Uhr): E-Mail: insetrate@lzmedien.ch oder Fax 041 429 51 46.

Auflage: 118 924 Exemplare (Wemf-beglaubigte Gesamtauflage). Abonnementpreis: 12 Monate Fr. 424.–/6 Monate Fr. 220.– (inkl. 2,5% MWST).

Technische Herstellung: Neue Luzerner Zeitung AG, Mailhofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 52 52, Fax 041 429 52 89. Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Anzeigen oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte ist untersagt. Jeder Verstoß wird gerichtlich verfolgt.

«Unbedingt nötig»



lw. **Urs Wängeler** (21) aus Kriens: «Das ganze vierteilige Zentrumsprojekt ist unbedingt nötig. So könnte etwa die heute auf fünf Standorte verteilte Verwaltung konzentriert werden, was viel effizienter wäre. Auch der Werkhof ist seit 40 Jahren ein Provisorium für die Feuerwehr und den Werkdienst. Wir haben Nein zur Fusion gesagt, jetzt soll man auch vorwärtsmachen und die Gemeinde weiterentwickeln. Finanziell muss das einfach gehen, das braucht's jetzt nun mal.»

«Schwierige Frage»



lw. **Kurt Gisler** (42) aus Kriens: «Das Projekt könnte der Gemeinde viele positive Impulse geben. Besonders gut finde ich die öffentlichen Plätze, die entstehen werden und dass viele Parkplätze in Tiefgaragen verlegt würden. Auch die Architektur der Gebäude gefällt mir. Und im Idealfall verschönert der Kanton auch gleich die Luzernerstrasse noch etwas. Aber schwierig ist die Frage betreffend Finanzierung. Das ist aufgrund der leeren Kassen sicher die grösste Hürde, die zu nehmen ist.»

«Gute Mischung»



lw. **Silvia Gestorff** (41) aus Kriens: «Ich finde das Zentrumsprojekt spannend und gut. Die Mischung stimmt, es hat für alle etwas dabei: für Alte und Junge, für Vereine und auch für die Kultur. Man muss jetzt einfach vorwärtsmachen mit diesem Projekt. Weitere zehn Jahre abzuwarten macht es sicher nicht günstiger. Hier gibt es zu viele Räume am besten Zustand nicht mehr genutzt werden können. Das Zentrumsprojekt macht die Gemeinde attraktiver.»

«Völlig überrasen»



lw. **Fredy Waller** (61) aus Kriens: «Ich bin sehr kritisch. Vor allem das neue Verwaltungsgebäude halte ich für völlig überrasen. Das würde viel zu gross. Zudem sollen hier so viele neue Wohnungen gebaut werden, dass bestimmt an die 1000 Personen mehr im Zentrum leben würden. Das gibt doch riesigen Mehrverkehr! Dabei haben wir jetzt schon gewaltige Probleme mit dem Stau. Auch für die Umwelt ist das nicht gut. Zudem kann sich die Gemeinde das alles schlicht nicht leisten.»